

**Geschäftsführung
Verkehrsausschuss**

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909
Fax : (0221) 221-24447
E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 11.10.2017

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der 30. Sitzung des
Verkehrsausschusses vom 10.10.2017****öffentlich****5.4 Machbarkeitsuntersuchung neue Fuß- und Radwegbrücke zwischen
Bastei und Rheinpark
und
Erweiterung der vorhandenen Geh- und Radwege an der Hohenzollern-
brücke
2036/2017**

RM Pöttgen weist darauf hin, dass die Vorlage den Ausschuss sehr kurzfristig erreicht habe und die SPD-Fraktion daher vorschlage, diese zunächst ohne Votum in die weitere Beratungsfolge zu geben. Er möchte jedoch darauf hinweisen, dass seine Fraktion sich alle Optionen offen halten möchte und es insofern „sowohl als auch“ und nicht „entweder oder“ heißen müsse; die heutige Berichterstattung in den Medien habe ihn etwas irritiert. Eine durchgehende, komfortable Veloroute von den Ringen in den Rheinpark beispielsweise sei mehr als wünschenswert. Gleichwohl müsse die Situation auf der südlichen Hohenzollernbrücke auch dringend entschärft werden.

Für die CDU-Fraktion begrüßt RM Michel die Chance, die sich im südlichen Bereich der Hohenzollernbrücke eröffne, ausdrücklich. Wie man mit dem nördlichen Bereich der Brücke umgehen werde, bleibe abzuwarten. Die Bastei möchte seine Fraktion nicht aufgeben und erhoffe sich daher Planungen, die sich besser in die Landschaft einfügen. Erinnern möchte er in diesem Zusammenhang auch an eine Anbindung der Parkstadt Süd zum Deutzer Hafen.

RM Hammer schließt sich dem Verfahrensvorschlag von Herr Pöttgen an. Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen möchte er allerdings klar gestellt wissen, dass die Planungen zur Errichtung einer Rampe im nördlichen Teil der Hohenzollernbrücke unabhängig von den hier vorliegenden Planungen weiter betrieben werden.

Auch RM Weisenstein möchte heute noch kein Votum abgeben. Er sei jedoch erstaunt über die auf S. 6 der Vorlage ermittelten Verkehrswerte der Alternativen 1 und 2. Alternative 1 habe einen Verkehrswert von 1,7 bei einem Breitengewinn von 10 m

und Kosten von 35 Mio. €; Alternative 2 hingegen einen von immerhin 4,5 bei einem etwaigen Breitengewinn von 1 m und Kosten von 14 Mio. €. Hier bittet er um nähere Erläuterungen.

RM Sterck macht deutlich, dass bei allen Wünschen die Frage der Finanzierung nicht außer Acht gelassen werden dürfe. Die bereits hier angedeutete Priorität – Verbesserung der sehr unsicheren Situation auf der Hohenzollernbrücke – könne jedoch auch die FDP-Fraktion nachvollziehen. Eine neue Brücke im Norden an der Bastei habe sicherlich ihren Charme, allerdings ende diese im Rechtsrheinischen im Niemandsland; Anwohner, die die Verbindung nutzen werden, seien hier nicht vorhanden. Aus diesem Grund möchte er betonen, dass eine weitere Idee des städtebaulichen Masterplans Innenstadt, die Errichtung einer neuen Brücke im Süden vom Rheinauhafen zum Deutzer Hafen, nicht aus den Augen verloren werden sollte. Zudem bestünde hier die Möglichkeit, neben dem neuen Quartier auch die angrenzenden Stadtteile Poll, Humboldt/Gremberg und Kalk durch eine überaus attraktive Verbindung anzubinden.

Vorsitzender Wolter resümiert, dass durch die vorliegende Verwaltungsvorlage nichts verunmöglicht werde und er anrege, zur Vertiefung der komplexen Materie und zur besseren Entscheidungsfindung einen separaten Informationstermin – mit Beteiligung des Stadtentwicklungsausschusses und der Bezirksvertretung Innenstadt – durchzuführen.

BG Blome stellt zunächst klar, dass die Errichtung einer provisorischen Rampe vom nördlichen Teil der Hohenzollernbrücke zum Breslauer Platz selbstverständlich wie in einer der letzten Sitzungen zugesagt weiter verfolgt werde und fasst anschließend nochmals kurz die möglichen Alternativen der Verwaltungsvorlage zusammen. Entgegen der Berichterstattung in der Presse werde die Verwaltung auch die Planungen für einen Brückenneubau weiter vertiefen, wenngleich dieser einen städtebaulich großen Eingriff in das jeweilige Rheinvorland bedeuten würde. Nicht weiter verfolgen möchte die Verwaltung hingegen die Erweiterung des nördlichen Fuß- und Radwegbereichs der Hohenzollernbrücke.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schlägt Vorsitzender Wolter vor, die Vorlage zunächst zur Anhörung in die weiteren Gremien zu verweisen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt